

# Warum protestieren die Leute? Zum Stand der Forschung in den Sozialwissenschaften

*Karl-Dieter Opp*

## **Zusammenfassung**

In diesem Beitrag werden die wichtigsten Erklärungen politischen Protests und sozialer Bewegungen dargestellt. Nach einigen grundsätzlichen terminologischen Bemerkungen und Überlegungen über die Vorgehensweise bei der Erklärung von Protest und sozialen Bewegungen werden die Theorie kollektiven Handelns, die Perspektive der Ressourcen-Mobilisierung, die Theorie der politischen Opportunitäten, der Framing-Ansatz und der Identitätsansatz behandelt. Abschließend wird gezeigt, wie diese unterschiedlichen Erklärungsansätze zu einer einheitlichen Theorie integriert werden können. Diese wird als das strukturell-kognitive Modell politischen Protests bezeichnet.

## 1. Einführung

Täglich findet eine Vielzahl von Protesten statt, z.B. gegen Personalabbau von großen Firmen, gegen den Ausbau von Flughäfen und gegen Treffen von Regierungschefs wie gegen den G20 Gipfel in Hamburg 2017. Bei Protesten wird versucht, politische Ziele nicht durch die institutionell vorgesehenen Mittel über Parlamente zu erreichen, sondern durch direkte Einflussnahme auf Politiker oder Verwaltungen. Allein schon die große Verbreitung von Versuchen, Politik „mit anderen Mitteln“ zu betreiben, lässt es sinnvoll erscheinen, dass sich auch Schüler mit diesem Phänomen auseinandersetzen.

Dies ist auch deshalb eine Herausforderung, weil einfache Erklärungen, die auf der Hand liegen, fragwürdig sind. Eine solche einfache und verbreitete Erklärung ist, dass die Leute protestieren, weil sie unzufrieden sind. So plausibel diese These auch erscheint, so lässt sie doch folgende Fragen offen. (1) Von denjenigen, die unzufrieden



**Karl-Dieter Opp**

Universität Leipzig (Emeritus)

University of Washington, Seattle (Affiliate Professor)

sind, protestiert nur ein sehr geringer Prozentsatz, und dieser variiert je nach Situation. Wie ist dies zu erklären?

Man schätzt, dass normalerweise nur etwa 5% der Unzufriedenen an Protesten teilnehmen. Zwei Beispiele illustrieren dies. Beim „Women’s March 2018“ am 20. Januar 2018 demonstrierten in New York ca. 200.000 Personen (New York Times online am 21.1.2018). In Leipzig demonstrierten am 9. Oktober 1989 mehr als 70.000 Bürger gegen das SED-Regime. In der New Yorker Bevölkerung – ca. 8,5 Millionen Einwohner 2016 – waren sicherlich mehr 200.000 Personen unzufrieden. Wenn wir davon ausgehen, dass nur Bewohner von New York City demonstrierten, dann sind dies nicht einmal 3%. Leipzig hatte 1989 ungefähr 500.000 Einwohner. Wenn wir wieder annehmen, dass nur Leipziger protestiert haben, dann sind dies immerhin 14%. Die Zahl der Teilnehmer war bei späteren Montagsdemonstrationen um mehr als das Doppelte höher. Es gibt auch Fälle, in denen sich fast jedes Mitglied einer Gruppe an Protesten beteiligt (z.B. Holtmann und Killich 1991; Linares 2004).

Unzufriedenheitserklärungen lassen weiter die Frage offen, warum die Art der Proteste so unterschiedlich ist. Unter welchen Bedingungen treten z.B. Terrorismus, Besetzungen von Bauplätzen oder öffentlichen Räumen (z.B. „Occupy Wallstreet“) oder Boykotte auf?

Die Sozialwissenschaften, vor allem die Soziologie, beschäftigen sich seit langer Zeit mit diesen Fragen. Es gibt eine Reihe von Theorien (d.h. Erklärungen) von Protest und eine Vielzahl empirischer Untersuchungen. Im Mittelpunkt dieses Beitrages stehen die wichtigsten Erklärungen politischen Protests und sozialer Bewegungen. Diese Theorien werden dargestellt und ihre Stärken und Schwächen diskutiert. Zum Schluss wird beschrieben, wie diese verschiedenen Erklärungsansätze zu einer einheitlichen Theorie verbunden werden können. Zunächst sind jedoch einige terminologische Bemerkungen sinnvoll.

## 2. Einige terminologische Bemerkungen

„Protest“ und „soziale Bewegung“ haben in der Alltagssprache und auch in der Literatur verschiedene Bedeutungen. Es ist deshalb sinnvoll festzulegen, was hier darunter verstanden werden soll. „Protest“ bezieht sich auf eine Form *politischer Partizipation*, d.h. auf Handlungen, die Personen ausführen mit dem Ziel, Entscheidungen politischer oder administrativer Instanzen zu beeinflussen. „Konventionelle“ Partizipation liegt vor, wenn diese institutionalisiert ist, d.h. regelmäßig stattfindet. Hierzu gehört die Wahlteilnahme oder auch die Teilnahme an Wahlveranstaltungen. *Protest* wird oft als „unkonventionelle“ Partizipation bezeichnet, die nicht institutionalisiert ist. Beispiele sind Demonstrationen, Unterschriftensammlungen oder Boykotte. Eine *soziale Bewegung* wird hier verstanden als der gemeinsame Versuch einer Menge von Personen, soziale Veränderungen durchzuführen (z.B. Zald und Ash 1966).

Wir befassen uns im Folgenden mit *Theorien* politischen Protests und sozialer Bewegungen. Mit diesem Ausdruck bezeichnen wir allgemeine Aussagen (die sich also nicht auf bestimmte Orte oder Zeiten beziehen), in denen Bedingungen für das Auftreten bestimmter Sachverhalte enthalten sind. Ein Beispiel ist „je größer die Unzufriedenheit, desto wahrscheinlicher tritt Protest auf“. Dieses Beispiel illustriert, dass Theorien falsch sein können – siehe die folgende Diskussion. Das Beispiel illustriert weiter, dass Theorien in unterschiedlichem Maße informativ sind. So lässt das Beispiel offen, welche Art von Protest bei Unzufriedenheit gewählt wird.

### 3. Zwei Vorgehensweisen bei der Erklärung von Protest

Bei der Erklärung sozialer Tatbestände kann man in zweierlei Weise vorgehen. Die erste Vorgehensweise sei am Beispiel der Erklärung der Proteste in Leipzig im Oktober 1989 illustriert. Erstens könnte man einzelne Faktoren aufzählen, die man als ursächlich annimmt. Man könnte hier von *Faktoren-Erklärungen* sprechen. So wurden oft die hohe Unzufriedenheit in der Bevölkerung und die neue Politik Gorbatschows (Perestroika und Glasnost) als Ursachen bezeichnet.

Solche Erklärungen sind problematisch, weil offen bleibt, warum ausgerechnet z.B. Unzufriedenheit für die Proteste von Bedeutung ist. Angenommen, am 9. Oktober – ein Montag – sei das Wetter besonders schön gewesen. Was spricht dagegen, dass dies die Ursache für die Montagsdemonstration war? Man mag diese Erklärung als unplausibel ansehen, aber bloße Gefühle sind keine guten Argumente für die Gültigkeit einer Erklärung. Faktoren-Erklärungen sind also problematisch, weil sie keine Argumente enthalten, warum bestimmte Faktoren ursächlich sein sollen und andere nicht.

Die Alternative sind *theoretische Erklärungen*. Nehmen wir an, es gelte folgende generelle Aussage:

Je stärker die Unzufriedenheit von Personen ist und je weniger sie erwarten, dass bei einer Demonstration keine staatliche Repression auftritt, desto eher werden sie an der Demonstration teilnehmen.

Aufgrund dieser allgemeinen Aussage würde man ein gutes Argument für die Behauptung haben, dass die Unzufriedenheit bei den Leipziger Demonstrationen eine Ursache war. Darüber hinaus würde aber auch eine reine Unzufriedenheitserklärung fragwürdig sein: Unzufriedenheit wirkt nur, wenn eine niedrige Repression erwartet wird. Das Beispiel illustriert die Wichtigkeit der Anwendung von Theorien. Die unseres Erachtens wichtigsten Theorien werden im Folgenden behandelt.

### 4. Die Theorie kollektiven Handelns und ihre Anwendung zur Erklärung von Protest

In diesem Abschnitt wird zunächst eine Theorie dargestellt, die in den Sozialwissenschaften intensiv diskutiert wird und zur Erklärung von Protest geeignet ist. Sodann werden Erweiterungen der Theorie behandelt.

#### 4.1. Die Theorie

Die Theorie kollektiven Handelns geht davon aus, dass es Personen gibt, die gemeinsam mindestens ein Ziel realisieren wollen.<sup>1</sup> Dies ist typischerweise bei Protesten der Fall. Wenn solche gemeinsamen Ziele realisiert werden, dann wird definitionsgemäß ein *Kollektivgut* hergestellt. Dies ist ein Gut (d.h. alles, was positiven oder negativen Nutzen stiftet), das, wenn es einmal hergestellt ist, allen Mitgliedern einer Gruppe zur Verfügung steht, und zwar auch denjenigen, die zu seiner Herstellung keinen Beitrag geleistet haben. Diese werden als *Trittbrettfahrer* („free riders“) bezeichnet: sie profitieren von etwas, das Dritte hergestellt haben, ohne selbst etwas dafür zu tun. Beispiele für Kollektivgüter sind eine saubere Umwelt oder auch ein öffentlicher Park.

Die Annahme, dass Personen normalerweise handeln, um ihre gemeinsamen Ziele zu erreichen, wird von der Theorie kollektiven Handelns nicht geteilt. Vor allem in einer großen Gruppe wird niemand einen Beitrag zur Herstellung eines Kollektivgutes leisten – wie intensiv auch immer der Wunsch ist, dass das Kollektivgut hergestellt wird. Der Grund ist, dass Einzelne keinen Einfluss auf die Herstellung haben. Ein Beitrag hat nicht nur keinen Nutzen, er ist auch mit Kosten verbunden, d.h. zumindest mit zeitlichem Aufwand.

Dieses Argument zeigt, dass für die Herstellung eines Kollektivgutes zwei Faktoren von Bedeutung sind: die Intensität des Wunsches (d.h. die Präferenz), dass das Kollektivgut hergestellt wird, und der Einfluss, den eine Person hat, wenn sie einen Beitrag zur Herstellung des Kollektivgutes leistet. Diese beiden Faktoren könnte man als *Kollektivgutanreize* bezeichnen.

Wenn in einer großen Gruppe kein Anreiz zu einer Beitragsleistung besteht, dann wird man z.B. voraussagen, dass niemand zur Wahl gehen wird. Wählen ist ja ein Beitrag zur Herstellung von Kollektivgütern, die die Parteien versprechen. Diese Voraussage ist jedoch unzutreffend. So lag die Wahlteilnahme bei allen bisherigen Bundestagswahlen über 70%.

Dies wird erklärt durch *selektive Anreize*. Dies sind Nutzen, die auftreten, wenn ein Beitrag geleistet wird, oder Kosten bzw. Nachteile, wenn kein Beitrag geleistet wird. Wichtig ist, dass die Anreize „selektiv“ in dem Sinne sind, dass das Auftreten der betreffenden Nutzen und Kosten *von der Ausführung der Handlung abhängt*. Dies ist der Unterschied zu den Kollektivgutanreizen: hier erhält man die Vorteile, wenn das Kollektivgut hergestellt wird, ohne einen Beitrag zu leisten.

Illustrieren wir diese Überlegungen am Beispiel von Interessengruppen wie der ADAC. Wenn man als Mitglied einen finanziellen Beitrag leistet, fördert man die Herstellung bestimmter Kollektivgüter wie mehr Sicherheit im Straßenverkehr. Die meisten Mitglieder dürften aber nur an den selektiven Anreizen des ADAC interessiert sein wie kostenloser Pannendienst. Für die Mitglieder sind diese selektiven Anreize offensichtlich mit höherem Nutzen verbunden als die Kosten des Mitgliedsbeitrags.

Die Theorie kollektiven Handelns kann die Herstellung einer Vielzahl von Arten von Kollektivgütern und auch viele Arten der Beitragsleistung erklären. Proteste weisen eine Besonderheit auf: die Protestierer können das Kollektivgut nicht selbst herstellen. Sie üben Druck auf Dritte wie etwa Politiker aus, das Kollektivgut herzustellen. Dies haben sie mit Interessengruppen gemeinsam.

Olson wendet zur Ermittlung der Faktoren für kollektives Handeln eine allgemeine sozialwissenschaftliche Theorie an, nämlich *die Theorie rationalen Handelns*. Diese kann aus Raumgründen nicht im Einzelnen dargestellt, sondern nur angedeutet werden. Es wird behauptet, dass die Ausführung einer Handlung von den Zielen und den Handlungsmöglichkeiten abhängt. Wenn man z.B. einen Computer kaufen möchte, dann sind die Preise und das Einkommen die Handlungsmöglichkeiten. Individuen führen eine Handlung aus, wenn insgesamt die Vorteile größer als die Nachteile sind. Zu Einzelheiten sei auf die vorliegende Literatur verwiesen (vgl. z.B. Opp 2018).

## 4.2. Einige Probleme und Erweiterungen der Theorie kollektiven Handelns

Olson nimmt an, dass Individuen ihren Einfluss zutreffend wahrnehmen. So hat ein Individuum bei einer Demonstration mit 50.000 Teilnehmern nur einen extrem gerin-

gen Einfluss auf den Erfolg. Diese Annahme ist empirisch unzutreffend. Untersuchungen zeigen, dass z.B. bei einer Wahlteilnahme der *wahrgenommene persönliche Einfluss* keinesfalls null ist und dass dieser stark zwischen den Teilnehmern variiert. Die Konsequenz ist, dass nun auch die Unzufriedenheit einen Einfluss auf Protest hat. D.h. hohe Unzufriedenheit wird die Protestteilnahme erhöhen, wenn man einen Einfluss wahrnimmt.

Weiter geht Olson davon aus, dass nur *materielle Anreize* eine Rolle spielen wie z.B. bei der Mitgliedschaft im ADAC. Faktisch sind jedoch auch nicht-materielle Anreize wichtig. So fühlen Personen oft eine Verpflichtung, sich zu engagieren. Neben einer solchen *Protestnorm* sind *soziale Anreize* wie die Ermutigung durch Freunde, Statusgewinn oder auch negative Sanktionen wichtig.

Schließlich sind auch *indirekte Effekte der Unzufriedenheit* von Bedeutung, d.h. Unzufriedenheit beeinflusst andere Anreize, die direkt auf Protest wirken. Wenn man mit einer Regierungsentscheidung sehr unzufrieden ist, dann wird oft eine Norm aktiviert: man fühlt sich verpflichtet, etwas gegen ungerechte Entscheidungen zu unternehmen. Man wird auch Dritte darin bestärken, sich zu engagieren. Solche Effekte der Unzufriedenheit sind vermutlich um so stärker, je stärker der wahrgenommene Einfluss ist.

Wenn Personen gemeinsam Handeln, dann setzt dies eine Koordination voraus. Wenn z.B. 1000 Personen bereit sind, gegen eine Regierungsentscheidung zu protestieren, dann kommt ein Protest nur zustande, wenn man weiß, wann und wo protestiert wird. Normalerweise gibt es Gruppen, die die Kosten der Koordination übernehmen. Diese werden als *politische Unternehmer* bezeichnet. Sie haben besonders starke Anreize zur Übernahme dieser Kosten. Politiker (etwa Mitglieder der Grünen) könnten aktiv werden, um Stimmen für ihre Partei zu gewinnen. Anwälte könnten Proteste organisieren, um evtl. Klienten zu werben. Weiter verfügen politische Unternehmer oft über besondere *Ressourcen* im Sinne von Wissen, Zeit oder auch intellektuellen Fähigkeiten, die die Kosten der Organisation vermindern. Studierende bestimmter Fächer haben z.B. relativ viel Zeit, Anwälte können sich leichter als Nicht-Juristen in neue Gesetze einarbeiten.

Es gibt aber auch Proteste, die nicht organisiert sind wie etwa die Leipziger Montagsdemonstration am 9. Oktober 1989. Auch am Vorabend des Beginns des Irakkrieges haben sich viele Menschen vor Konsulaten oder Botschaften der USA versammelt, um zu protestieren. Die Koordination geschah durch die Erwartung, dass sich viele andere Personen ebenfalls an einem bestimmten Ort versammeln, so dass man seiner Unzufriedenheit wirksam Ausdruck verleihen konnte (vgl. z.B. Opp, Voß und Gern 1993).

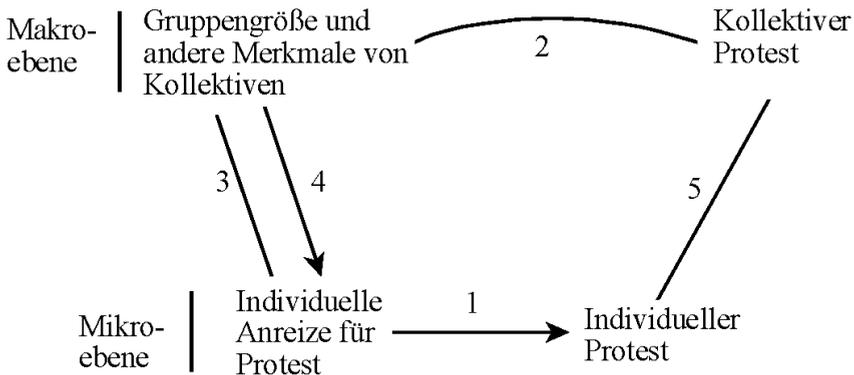
#### 4.3. Der soziale Kontext bei der Entstehung kollektiven Handelns

Wir haben uns bisher auf individuelle Anreize für Protest konzentriert: Unzufriedenheit und Einfluss (Kollektivgutanreize) und selektive Anreize. Diese Anreize werden von der sozialen Umgebung beeinflusst. Will man den Verlauf von Protesten erklären, dann sollte man diese Einflussprozesse in die Analyse einbeziehen. So könnte ein Nachgeben der Regierungen dazu führen, dass der wahrgenommene Einfluss der Protestierenden steigt und dass dann neue Proteste entstehen.

Man kann also zwei Ebenen unterscheiden, wie Abbildung 1 zeigt. Die erste Ebene – die Mikroebene – umfasst die individuellen Akteure. Sie enthält die Anreize, die auf

das zu erklärende Handeln direkt wirken (Pfeil 1). Die zweite Ebene – die Makroebene – bezieht sich auf Gruppen bzw. deren Eigenschaften. Diese korrelieren mit kollektivem Protest (Linie 2). So gilt, wie gesagt: je größer eine Gruppe ist, desto unwahrscheinlicher ist kollektives Handeln. Dies ist eine Korrelation, keine kausale Beziehung. Wir kommen hierauf noch zurück.

Abbildung 1: Ein Mikro-Makro-Modell kollektiven Handelns



Die Merkmale der Makroebene korrelieren mit denen der Mikroebene (Beziehung 3). So behauptet Olson, dass bei großen Gruppen der individuelle Einfluss gering ist. Dieser ist 1 dividiert durch die Gruppengröße. Bei einer Demonstration mit 1000 Teilnehmern ist also der Einfluss des Einzelnen  $1/1000$ . Die Beziehung zwischen der Makro- und Mikrovariablen (Gruppengröße und persönlicher Einfluss) ist also analytisch bzw. logisch (Beziehung 3).

Es könnte aber auch eine empirische Beziehung vorliegen (Beziehung 4), die durch einen Pfeil symbolisiert wird: je größer eine Gruppe ist, desto geringer ist der *wahrgenommene* Einfluss. Dies ist eine kausale, empirische Hypothese, die falsch sein kann. Die Beziehungen zwischen Makro- und Mikroebene können also analytisch oder empirisch sein.

Die individuellen Proteste aggregieren sich zu gemeinsamen Protesten (Beziehung 5). Dies ist ebenfalls eine analytische Beziehung: wenn relativ viele einzelne Personen sich an einem bestimmten Ort und zu einem bestimmten Zeitpunkt versammeln, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen, dann ist dies definitionsgemäß eine Demonstration.

Betrachten wir noch einmal Beziehung 2. Dies ist keine kausale Beziehung, da ja erklärt wird, warum Beziehung 2 existiert: die Gruppengröße wirkt indirekt, über die Mikroebene, auf kollektiven Protest.

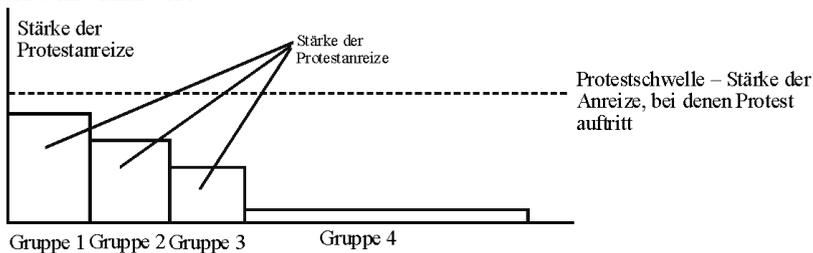
#### 4.4. Die Theorie der kritischen Masse

Es gibt Situationen, in denen Personen erst dann bestimmte Handlungen ausführen, wenn eine relative große Anzahl anderer Personen die betreffende Handlung ausgeführt hat. Diese anderen Personen bezeichnet man als „kritische Masse“: „kritisch“ könnte bedeuten, dass es sich um diejenige Anzahl handelt, die „kritisch“ für die Handlungen Anderer ist. Ein Beispiel sind die Leipziger Montagsdemonstrationen. Am 9. Oktober de-

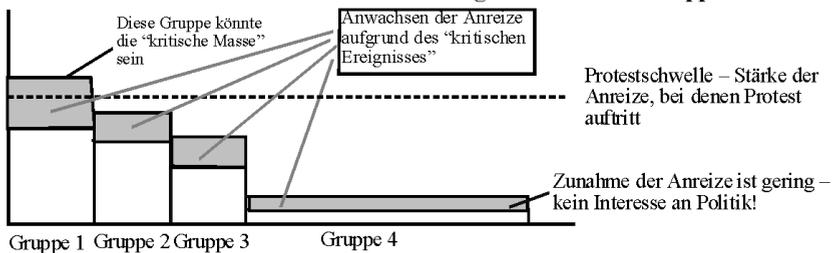
monstrierten auf dem damaligen Karl-Marx-Platz mehr als 70.000 Personen. An dem darauf folgenden Montag kamen bereits ca. 120.000 Demonstranten. Die Zahl wuchs bis auf ca. 450.000 am 6. November und ging dann zurück (Opp, Voß und Gern 1993: 46). Solche Prozesse ähneln Epidemien: eine bestimmte Menge von Personen führt eine Handlung aus, die dann andere „anstecken“ bzw. „infizieren“. Irgendwann erfolgt dann ein Rückgang der Erkrankungen. Dies ist aber nur ein möglicher Prozess. Manchmal führen Personen Handlungen aus, denen niemand folgt oder denen nur wenige folgen (vgl. im Einzelnen Schelling 1971; Granovetter 1978; Marwell und Oliver 1993).

Abbildung 2: Wann führt eine „kritische Masse“ zu Protesten?

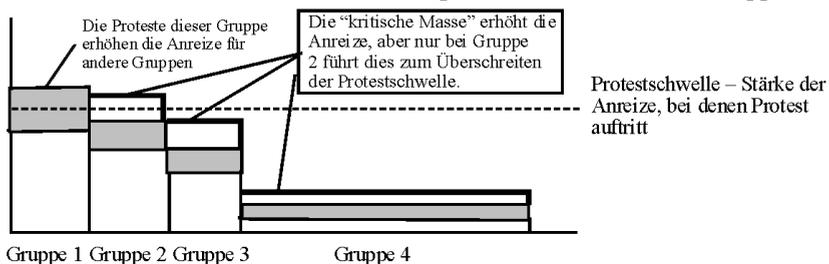
**Die Situation vor dem Auftreten von Protesten – alle Anreize sind niedriger als der Schwellenwert**



**Ein „kritisches Ereignis“ (z.B. Fukushima) tritt auf oder eine Gruppe protestiert, so dass eine Zunahme der Anreize für die Mitglieder anderer Gruppen entsteht.**



**Die „kritische Masse“ führt zur Erhöhung der Anreize für andere Gruppen**



Wie sind solche unterschiedlichen Prozesse zu erklären? Die Antwort lautet, dass Ansteckungsprozesse nur dann stattfinden, wenn das Handeln der ersten Gruppe für Dritte so starke Anreize bietet, dass eine Nachahmung einen relativ starken Nutzen hat. Gehen die Anreize zurück, dann geht das betreffende Verhalten zurück.

Abbildung 2 illustriert diese Hypothese. Angenommen, es existieren vier Gruppen (x-Achse). Auf der y-Achse sei die Stärke der Protestanreize (siehe Abschnitt 4.1) für

die Mitglieder der jeweiligen Gruppe abgetragen. Die gestrichelte Linie bezeichnet das Ausmaß der Anreize, bei dem protestiert wird. Es handelt sich hier um die Schwelle: wenn diese überschritten wird, erfolgt Protest. Wir gehen davon aus, dass die Protestanreize in den vier Gruppen verschieden sind, aber dass bei keiner Gruppe die Anreize so hoch sind, dass Protest ausgeführt wird – siehe den oberen Teil von Abbildung 2.

Nun trete ein Ereignis auf, das generell die Protestanreize erhöht – siehe den mittleren Teil der Abbildung 2. Allerdings werden nur die Anreize von Gruppe 1 so stark, dass diese protestiert. Es ist wichtig zu beachten, dass das Auftreten von Protest auch von den *vor* dem Ereignis existierenden Anreizen abhängt und dass der Anstieg der Anreize bei den Gruppen unterschiedlich ist.

Im nächsten Schritt führen die Proteste der Gruppe 1 zu der Erhöhung der Protestanreize für die anderen Gruppen. Das Engagement von Gruppe 1 erhöht allerdings nur die Anreize von Gruppe 2 so stark, dass diese protestiert. Die „Ansteckung“ ist damit zu Ende.

Bei der Leipziger Montagsdemonstration am 9. Oktober fand zum ersten Mal keine staatliche Repression statt, die zu den negativen Protestanreizen gehört. Dieses erwartete Ausbleiben der Repression könnte dazu geführt haben, dass auch bei künftigen Demonstrationen keine Sanktionen erwartet wurden, so dass die Anreize für Proteste stiegen. Vielleicht hat das Ausbleiben der Sanktionen auch dazu geführt, dass Personen sich gegenseitig ermutigt haben, bei der nächsten Demonstration teilzunehmen.

Unser Schema verdeutlicht die Bedingungen für Ansteckungsprozesse durch eine kritische Masse. Erstens sind die *existierenden* Anreize für ein Handeln wichtig. Es muss empirisch ermittelt werden, bei welchen Personen diese Anreize wie stark sind. Zweitens ist von Bedeutung, wie stark ein kritisches Ereignis die Anreize der einzelnen Gruppen erhöht. Diese „Empfänglichkeit“ wird je nach Situation sehr unterschiedlich sein. Drittens ist wichtig, wie stark das Handeln einer Gruppe die Anreize für Dritte verändert. Im Extremfall erfolgt überhaupt keine Änderung. Ein anderes Extrem ist, dass der Protest einer Gruppe die Anreize Anderer so stark erhöht, dass fast alle protestieren.

Auf der Grundlage von Abbildung 2 kann man sehr unterschiedliche Situationen modellieren, in denen die genannten Parameter – existierende Anreize etc. – variieren und in denen entsprechend die Protestverläufe unterschiedlich sind.

## 5. Ressourcen und Opportunitäten

In diesem Abschnitt werden zwei weitere Theorien behandelt, die Protest und soziale Bewegungen zu erklären versuchen. Wir beginnen mit der *Theorie der Ressourcenmobilisierung* (TRM). Die grundlegende Idee, die im Detail zuerst von McCarthy und Zald (1977) formuliert wurde, lautet, dass soziale Bewegungen um so eher entstehen und auch um so erfolgreicher sind, je größer das Ausmaß gesellschaftlicher Ressourcen ist, über die sie verfügen. Der Ressourcen-Begriff ist nicht klar definiert, sondern wird nur an Beispielen illustriert. Diese legen die Vermutung nahe, dass mit *Ressourcen* Güter (d.h. alles was positiven oder negativen Nutzen stiftet) gemeint sind, die Akteure zur Erreichung ihrer Ziele einsetzen können. Zu den Ressourcen gehören also Organisationen, die die Bewegung unterstützen, die in einer Gesellschaft verfügbare Zeit (z.B. die 35-Stunden-Woche), gesetzliche Regeln, die freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit garantieren, und finanzielle Mittel, über die Bewegungen verfügen. Die

*Mobilisierung* von Ressourcen ist ein Prozess, in dem eine Bewegung Kontrolle über Ressourcen erlangt.

Die TRM ist eine Makrohypothese, d.h. Gegenstand sind gesellschaftliche Gruppen. Man findet jedoch auch eine entsprechende Mikrohypothese: in je höherem Maße Individuen über Ressourcen (im Sinne von Gütern, die zur Erreichung individueller Ziele eingesetzt werden können) verfügen, desto eher werden sie protestieren.

Auch die *Theorie der Opportunitätsstrukturen* (TOS) ist eine Makrohypothese. Die erste Formulierung stammt von Eisinger (1973). Opportunitätsstrukturen liegen gemäß Eisinger definitionsgemäß vor, wenn Faktoren der sozialen Umwelt („factors of the environment“) einer Bewegung dazu führen, dass deren Erfolgchancen („chances of success“) steigen. Diese führen dann zum Ansteigen kollektiven Handelns bzw. von Protest. Bei dieser Definition muss man zunächst empirisch ermitteln, ob bestimmte gesellschaftliche Änderungen zu der Erhöhung der Erfolgchancen von Protest führen. Dies könnte z.B. der Fall sein, wenn Sozialdemokraten eine neue Regierung bilden. Dann könnten sich die Erfolgchancen linker Bewegungen erhöhen, was zum Ansteigen von Protest führen könnte. Diese Definition bezieht sich auf die *objektiv* vorhandenen Opportunitäten. Es gibt bisher keinen Vorschlag, wie die objektive Erfolgswahrscheinlichkeit gemessen werden kann. Andere Versionen der TOS (Tarrow 1998) gehen davon aus, dass die von den Akteuren *wahrgenommenen* Erfolgchancen Protest beeinflussen.

Für beide Ansätze gibt es eine Reihe von Widerlegungen. Wenn z.B. die Arbeitszeit – eine bestimmte Art von Ressourcen – von 48 auf 35 Stunden sinkt, müsste Protest steigen. Allerdings könnten Personen ihre zusätzliche freie Zeit in anderer Weise nutzen. Angenommen, eine linke Regierung kommt an die Macht und dies sei eine Erhöhung der politischen Opportunitäten. Die Mitglieder sozialer Bewegungen könnten erwarten, dass ihre Ziele von der neuen Regierung realisiert werden. So würde Protest zurückgehen und nicht, wie die TOS behaupten würde, ansteigen.

Diese Beispiele illustrieren, dass die Zunahme von Ressourcen oder politischen Opportunitäten nur unter bestimmten Bedingungen zu mehr oder weniger Protest führt. Die grundlegende Kritik an solchen Makrohypothesen – aus der Sicht der Theorie kollektiven Handelns – ist, dass die Anreize der individuellen Akteure, die protestieren, außer acht gelassen werden. Proteste steigen nur, wenn die Änderung von Makroeigenschaften die individuellen Anreize verändert. Wenn z.B. eine linke Regierung gewählt wird und wenn dies den wahrgenommenen Einfluss, nun etwas erreichen zu können, erhöht, und wenn andere Protestanreize steigen, dann wird eine solche Makro-Änderung auch die Proteste erhöhen.

## 6. „Framing“ und Identität

Die zentrale Idee der „*framing*“-Theorie (siehe zuerst Snow et al. 1986; zur weiteren Entwicklung vgl. Snow et al. 2014) ist, dass die Übereinstimmung der „frames“ einer sozialen Bewegung einerseits und der nicht-mobilisierten Individuen andererseits eine notwendige Bedingung für die Teilnahme an Protesten ist. Ein „frame“ wird als ein mentales Modell definiert. Dies sind Kognitionen, die Personen gespeichert haben wie z.B. Ziele oder kognitive Überzeugungen („beliefs“), Normen und Unzufriedenheit. Der Ausdruck „frame“, der „Rahmen“ bedeutet, soll ausdrücken, dass Handlungen durch die mentalen Modelle in eine bestimmte Richtung „gerahmt“, d.h. geleitet, werden.

Weiter wird angenommen, dass soziale Bewegungen versuchen, ihre eigenen „frames“ und die der nicht-mobilisierten Individuen in Einklang zu bringen.

Die „framing“-Theorie weist eine Reihe von Problemen auf. Insbesondere ist fraglich, ob „frames“ eine notwendige Bedingung für Proteste sind. „Notwendige Bedingung“ im Sinne der formalen Logik bedeutet, dass bei jedem Protest die „frames“ von Individuen und sozialen Bewegungen in Übereinstimmung gebracht wurden. Es gibt aber Proteste, an denen keine soziale Bewegung beteiligt war wie z.B. die Montagsdemonstration in Leipzig am 9. Oktober 1989. Es kommt auch vor, dass Teilnehmer nicht wissen, dass eine soziale Bewegung einen Protest organisiert hat oder dass sie die „frames“ einer Bewegung nicht kennen. „Frame alignment“, d.h. eine Übereinstimmung von „frames“ sozialer Bewegungen und nicht-mobilisierter Individuen ist also keineswegs eine notwendige Bedingung für Protest.

Die „framing“-Theorie enthält zwei wichtige Ideen. Die eine ist, dass soziale Bewegungen Akteure sind, die strategisch Handeln und die aus ihrer Sicht besten Strategien wählen. Entsprechend ist hier – wie bei der Theorie kollektiven Handelns – die Theorie rationalen Handelns anwendbar. Die zweite wichtige Idee ist, dass die Änderung kognitiver Strukturen, d.h. „frames“, zur Erklärung von Protest beitragen. Aber die Hypothesen hierzu, die die „framing“-Theorie vorschlägt, sind unzureichend. Es gibt sozialpsychologische Theorien wie die Dissonanz- oder Balancetheorie, die die Veränderung kognitiver Strukturen besser erklären können (vgl. im Einzelnen Opp 2009: 275-303).

Die *Identitätstheorie* nimmt an, dass Proteste wahrscheinlich sind, wenn bestimmte Identitäten vorliegen (vgl. z.B. zum Stand der Forschung Klandermans 2014). Eine solche „kollektive Identität“ ist z.B. gegeben, wenn jemand ein Wir-Gefühl gegenüber einer sozialen Bewegung entwickelt oder die Ziele einer sozialen Bewegung teilt. Weiter wird „Identität“ oft mit „Identifikation“ gleichgesetzt. D.h. man ist Mitglied einer Bewegung oder fühlt sich einer Bewegung verbunden.

Aus der Sicht der Theorie kollektiven Handelns ist eine bloße Mitgliedschaft in einer Protestgruppe kein hinreichender Anreiz für Protest. Dies ist anders, wenn man sich einer Gruppe verbunden fühlt. Gemäß Hirschman (1970) ist „loyalty“ (d.h. Identifikation mit einer Gruppe) ein Anreiz, sich für das Wohlergehen einer Gruppe einzusetzen. Dies führt zu Zufriedenheit der betreffenden „loyalen“ Personen. „Identität“ in diesem Sinne ist also ein selektiver Anreiz im Sinne Olsons.

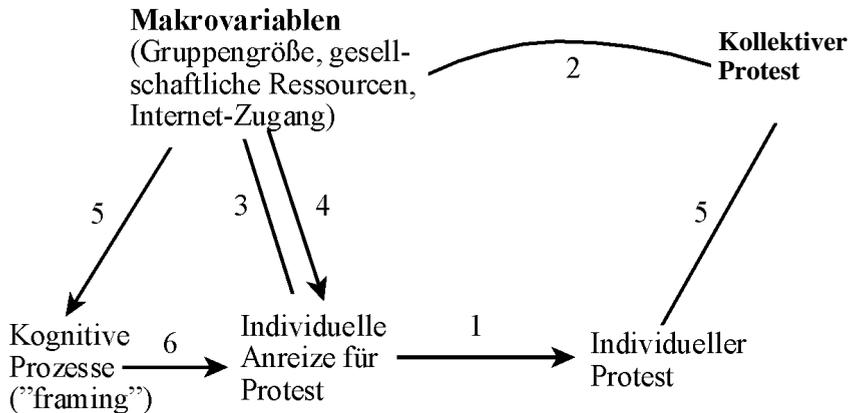
## 7. Eine integrative Theorie politischen Protests: Das strukturell-kognitive Modell

Welche der dargestellten Theorien ist am besten geeignet, Protest zu erklären? Oder vielleicht enthalten alle Theorien „ein Körnchen Wahrheit“, d.h. Faktoren, die für die Erklärung von Protest wichtig sind? Wenn man diese Frage bejaht, entsteht die nächste Frage, wie man denn diese Faktoren zu einer fruchtbaren Erklärung von Protest kombinieren kann.

Bei einem solchen Versuch könnte man von unserem Mikro-Makro-Modell in Abbildung 1 ausgehen (siehe zum Folgenden Abbildung 3). Bei der Theorie kollektiven Handelns war das zentrale Makromerkmal die Gruppengröße. Wir sahen, dass diese nur über die individuelle Ebene auf kollektiven Protest wirkt, indem individuelle Anreize für Protest beeinflusst werden. Dieselbe Argumentation gilt auch für andere

Makrovariablen, insbesondere für die Ressourcenverteilung und die Opportunitätsstrukturen. Diese sind also in das Mikro-Makromodell der Abbildung 1 (siehe die Beziehungen 3 und 4 in Abbildung 3) einzufügen.

Abbildung 3: Das strukturell-kognitive Modell



Modifikation der Abbildung 11.1 aus Opp 2009: 328.

Dies bedeutet, dass Makrofaktoren nur dann wirken, wenn sie die Anreize auf der individuellen Ebene so stark beeinflussen, dass individueller Protest auftritt. Man stelle sich etwa vor, dass bei 60% der Mitglieder einer Gruppe die Stärke der Protestanreize denen der Gruppe 1 in Abbildung 3 entspricht. Hier würde eine Erhöhung der Anreize durch Änderungen auf der Makroebene zu einer Zunahme von Protest führen. Dieses würde der Zunahme entsprechen, die etwas über die gestrichelte Linie hinausgeht. Bei solchen Makro-zu-Mikro-Beziehungen muss empirisch ermittelt werden, welche Änderungen individueller Anreize durch bestimmte Änderungen auf der Makroebene erfolgen. Dabei ist es gleichgültig, ob die Makrofaktoren als „Opportunitäten“ oder „Ressourcen“ bezeichnet werden. Wenn etwa die Wirkung eines erwarteten Anstiegs staatlicher Repression auf Protest ermittelt werden soll, dann ist es irrelevant, ob dies als Abnahme politischer Opportunitäten bezeichnet wird oder nicht. Von Bedeutung ist, empirisch die Anreizwirkungen von Repression zu ermitteln. D.h. der Forscher wählt diejenigen Makrofaktoren aus, deren Wirkung von Interesse ist.

„Identität“ bzw. „Identifikation“ kann ebenfalls in das Modell von Abbildung 3 integriert werden: Es handelt sich hier um einen bestimmten Anreiz, der, zusammen mit anderen Anreizen, Protest beeinflusst. Dies bedeutet, dass es auch Situationen gibt, in denen Identität keine Rolle spielt. Man kann demonstrieren, um bestimmte Probleme einer Lösung näherzubringen, ohne sich mit einer Gruppe zu identifizieren.

Die „framing“-Theorie behandelt kognitive Prozesse, die von Makro-Ereignissen beeinflusst werden (siehe Beziehung 5). Solche kognitiven Prozesse haben einen Einfluss auf die Anreize (Beziehung 6). Wenn es z.B. sozialen Bewegungen gelingt, ihre „frames“ auf nicht-mobilisierte Personen zu übertragen (Beziehung 5), dann ändert sich bei diesen z.B. der wahrgenommene politische Einfluss oder die Unzufriedenheit (Beziehung 6).

Nun wird man nicht bei jeder Erklärung oder Untersuchung die kognitiven Prozesse und deren Wirkungen auf die Anreize analysieren wollen. Oft wird man sich da-

mit begnügen, die Wirkungen der Makrovariablen direkt auf die Anreize zu behandeln (Beziehungen 3 und 4),.

Das Modell in Abbildung 4 nennen wir *strukturell-kognitives Modell* („structural-cognitive model“, Opp 2009: 327-350). Es stellt eine Verbindung zwischen „Strukturen“ im Sinne der sozialen Umwelt einerseits und den Eigenschaften der individuellen Akteure andererseits dar. Das Modell zeigt, wie die einzelnen bisher behandelten Faktoren zu einem einheitlichen Erklärungsmodell verbunden werden können.

## 8. Abschließende Bemerkungen

Der vorliegende Beitrag versucht, in verständlicher Weise einen Überblick über die wichtigsten Erklärungen politischen Protests zu geben. Dabei wird von der Theorie kollektiven Handelns ausgegangen, die ein Mikro-Makro-Modell ist. Dieses Modell kann so erweitert werden, dass die in den übrigen Theorien enthaltenen Faktoren in der beschriebenen Weise (Abbildung 3) einbezogen werden. Diese integrierte Theorie wurde strukturell-kognitives Modell genannt.

Eine andere zentrale Fragestellung der Soziologie sozialer Bewegungen lautet, welche *Wirkungen* Protest hat, d.h. unter welchen Bedingungen Proteste die Entscheidungen politischer Instanzen oder auch die Akteure selbst verändern. Auch hierzu gibt es eine umfangreiche Literatur, die aus Platzgründen hier nicht behandelt werden konnte.

## Anmerkung

- 1 Die grundlegende Schrift ist Olson 1965. Vgl. weiter die detaillierte Analyse in Opp 2009: 45-126.

## Literatur

- Beyer, Heiko, und Annette Schnabel. 2017. *Theorien sozialer Bewegungen. Eine Einführung.* Frankfurt am Main: Campus.
- Eisinger, Peter K. 1973. „The Conditions of Protest Behavior in American Cities.“ *American Political Science Review* 67(1):11-28. <https://doi.org/10.2307/1958525>
- Granovetter, Mark. 1978. „Threshold Models of Collective Behavior.“ *American Journal of Sociology* 83:1420-1443. <https://doi.org/10.1086/226707>
- Hirschman, Albert O. 1970. *Exit, Voice, and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States.* Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Holtmann, Everhard, und Winfried Killisch. 1991. *Lokale Identität und Gemeindegebietsreform. Der Streitfall Ermershausen.* Erlangen: Universitätsbund Erlangen-Nürnberg e.V.
- Klandermans, Bert. 2014. „Identity Politics and Politicized Identities: Identity Processes and the Dynamics of Protest.“ *Political Psychology* 35(1): 1-22. <https://doi.org/10.1111/pops.12167>
- Linares, Francisco. 2004. „Hawks, Zealots and Hypocrites, but Not Free Riders: The Logics of Cooperation in Llano Del Beal.“ *Rationality & Society* 16(4): 437-476. <https://doi.org/10.1177/1043463104044683>
- Marwell, Gerald, und Pamela Oliver. 1993. *The Critical Mass in Collective Action. A Micro-Social Theory.* New York: Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511663765>
- McCarthy, John D., und Mayer N. Zald. 1977. „Resource Mobilization and Social Movements.“ *American Journal of Sociology* 82: 1212-1241. <https://doi.org/10.1086/226464>

- Olson, Mancur. 1965. *The Logic of Collective Action*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Opp, Karl-Dieter. 2009. *Theories of Political Protest and Social Movements. A Multidisciplinary Introduction, Critique and Synthesis*. London and New York: Routledge.
- Opp, Karl-Dieter. 2018. „Die Theorie rationalen Handelns.“ S. 61-76 in *Sozialpsychologie und Sozialtheorie, Band 1: Zugänge*, hrsgg. von Oliver Decker. Wiesbaden: Springer.  
[https://doi.org/10.1007/978-3-531-19564-3\\_5](https://doi.org/10.1007/978-3-531-19564-3_5)
- Opp, Karl-Dieter, Peter Voß, und Christiane Gern. 1993. *Die volkseigene Revolution*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Schelling, Thomas C. 1971. „Dynamic Models of Segregation.“ *The Journal of Mathematical Sociology* 1: 143-186. <https://doi.org/10.1080/0022250X.1971.9989794>
- Snow, David, Robert Benford, Holly J. McCammon, Lyndi Hewett, und Scott Fitzgerald. 2014. „The Emergence, Development, and Future of the Framing Perspective: 25+ Years Since „Frame Alignment“.“ *Mobilization* 19(1): 23-45.
- Snow, David, Burke Rochford, Steven Worden, und Robert Benford. 1986. „Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation.“ *American Sociological Review* 51(4): 464-481. <https://doi.org/10.2307/2095581>
- Tarrow, Sidney. 1998 (2. Aufl.). *Power in Movement. Social Movements, Collective Action and Politics*. Cambridge: Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511813245>
- Zald, Mayer N., and Roberta Ash. 1966. „Social Movement Organizations: Growth, Decay and Change.“ *Social Forces* 44(3): 327-341. <https://doi.org/10.2307/2575833>  
<https://doi.org/10.1093/sf/44.3.327>